Petition: „GELDSCHÖPFUNG im STRAFRECHT berücksichtigen“!

(§ 263 265 StGB Justiz Giralgeld Giralgeldschöpfung Betrug Kreditbetrug)

kurz: Petition: GELDSCHÖPFUNG und STRAFRECHT

Beschreibung:

Die am 01.08.2012 veröffentlichte **Petition** an den **Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages** „**Geldschöpfung im Strafrecht berücksichtigen**“ will erreichen, dass der **Deutsche Bundestag** beschliesst, dass die **Giralgeldschöpfung der Banken im Wirtschaftsstrafrecht** insbesondere in den §§ 263 und 265b StGB berücksichtigt werden muss (**Petition Geldschöpfung Strafrecht**). Gegenwärtig gehen Justiz und Rechtswissenschaft davon aus, dass Banken das Geld von Sparern oder von anderen Banken geliehenes Geld als Kredite weitergeben. Das ist jedoch falsch, weshalb dieser **Justizirrtum**, der eigentlich ein **Justizskandal** ist, beendet werden muss! Entgegen der Annahme von **Justiz und Rechtswissenschaft** geben Banken nie das Geld von Sparern oder von anderen Banken als Kredite weiter! Das Geld für Kredite wird in einem Mindestreserve-Bankwesen durch Bilanzverlängerung erzeugt. Das Geld entsteht durch Buchung einer Forderung und einer Verbindlichkeit gegen den selben Kreditnehmer. Dieses Geld nennt man **Giralgeld** oder Buchgeld, das durch diesen Vorgang der **Geldschöpfung** quasi aus dem Nichts geschöpft wird (**Giralgeldschöpfung**).

Video-Trailer: http://www.youtube.com/watch?v=qIXgS6P1iPo

Zur Petition:

http://petitionen.synergent.de/Petition/Geldschoepfung-im-Strafrecht-beruecksichtigen.html

Interview mit Prof. Bernd Senf zur „Petition Geldschöpfung Strafrecht“:

http://inflationsschutzbrief.synergent.de/Ausgaben/Inflationsschutz-Brief_Boersenbrief-Boersenmagazin-Anlegermagazin-Euro-Krise-Inflation-Bernd-Senf-Petition-Geldschoepfung-Geldsystem-Strafrecht-6-2012.html

Die **Unkenntnis der Justiz über die Geldschöpfung** hat verheerende Auswirkungen auf die strafrechtliche Betrachtung bei Betrug, wenn ein Kredit, der täuschungsbedingt erlangt bzw. irrtumsbedingt genehmigt wurde, nicht zurückgezahlt werden kann. Denn die Annahme, dass Banken Geld von Sparern oder von anderen Banken als Kredite weitergeben, muss im Gegensatz zu einer Kreditvergabe aus **neu geschöpftem Giralgeld** dazu führen, dass die **Schadenhöhe des Vermögensschadens** der einer Bank durch den **Ausfall eines Kredits** entstehen kann, viel zu hoch angenommen wird. **Justiz und Rechtswissenschaft** nehmen aber an, dass ein durch Täuschung erlangter oder durch einen Irrtum in der Bank genehmigter Kredit, wenn er ausfällt, in voller Höhe als **Vermögensschaden der Bank** anzunehmen ist. Die Folge davon ist, dass vielen, denen unterstellt werden kann ihre Kredite täuschungsbedingt (bzw. durch **Betrug**) erlangt zu haben, einen viel höherer **Schaden zulasten von Banken** angehängt wird, als er in der Realität wirklich entsteht. Aus der Höhe des Vermögensschadens, berechnet sich das Strafmaß für den **Straftatbestand des Betrugs**. Es kommt deshalb in vielen Fällen dazu, dass der von der **Justiz** irrtumsbedingt angenommene höhere Schaden durch die **fehlende Berücksichtigung der Geldschöpfung bzw. Giralgeldschöpfung** zu viel zu hohen Strafen bei Betrug / Kreditbetrug führt. Justizirrtum oder Justizskandal?

In 2004 wurde ein junger Unternehmer aufgrund eines Millionenschadens zu fast 6 Jahren Haft verurteilt, obwohl der **Schaden bei Berücksichtigung der Giralgeldschöpfung** gar nicht bestanden hätte. Ein **Fehlurteil**, das nur durch die **Unkenntnis bzw. fehlende Berücksichtigung der Giralgeldschöpfung** entstehen konnte.

Dr. **Ralf Eschelbach, Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe**, schätzt die **Quote** aller **Fehlurteile auf 25%**. Wenn diese Quote zutreffen sollte, wäre das ein unglaublicher **Justizskandal**!

Es ist geradezu skandalös, wenn **Justiz und Rechtswissenschaft** im **Strafrecht** von Annahmen ausgehen, die seit über 20 Jahren nicht mehr der Realität entsprechen. Ein Staat wie Deutschland, der den Anspruch erhebt ein Rechtsstaat zu sein, kann sich einen solchen **Justizirrtum** nicht leisten. Betroffen sind insbesondere **Selbständige und Unternehmer** die hohe Kredite beanspruchen und sich damit unkontrollierbaren strafrechtlichen Risiken aussetzen. Das Ziel der **Petition** ist es deshalb **Selbständige und Unternehmer**, den **Wirtschaftsstandort Deutschland** und den Mittelstand zu schützen.

Die vollständige Begründung der Petition (gegenüber dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages) wird am 01.08.2012 veröffentlicht.

Themenbeschreibung:

Petition Geldschöpfung Strafrecht / Petitionen zur Geldschöpfung / Giralgeldschöpfung im Wirtschaftsstrafrecht berücksichtigen / Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages / GELDSCHÖPUNG aus dem Nichts / wie GIRALGELD geschöpft wird / wichtige PETITION zur Geldschöpfung / Petition Strafrecht / Petition § 263 und 265b StGB ergänzen / STRAFRECHT und Wirtschaftsstrafrecht / JUSTIZ und Rechtswissenschaft legen falsche Annahmen zugrunde / Betrug und Vermögensschaden / Vermögensschaden und Vermögensgefährdung richtig berechnen / die Höhe des Vermögensschadens / sind Kredite Vermögen? / BETRUG zulasten von Banken (Kreditbetrug) / Schaden bei Betrug und Kreditbetrug / JUSTIZIRRTUM Skandal / Justizirrtum durch Unkenntnis der Geldschöpfung / Justiz, RECHTSWISSENSCHAFT und Geldsystem

Schlagworte:

Petition, Petitionen, Petition Geldschöpfung, Petition Geldschöpfung Strafrecht, Petition Giralgeldschöpfung, Geldschöpfung, Giralgeldschöpfung, Strafrecht, Wirtschaftsstrafrecht, Justiz, Rechtswissenschaft, Rechtswissenschaften, Betrug, Kreditbetrug, § 263 StGB, §265b StGB, Geldsystem, Geldschöpfung aus dem Nichts, Giralgeld, Buchgeld, Justizirrtum, Justizskandal, Bank, Banken, Kredite, Vermögensschaden, Vermögensgefährdung, Schaden, Vermögen, Bundestag, Deutscher Bundestag, Bilanzverlängerung, Selbständige, Unternehmer, StGB, Strafgesetzbuch, Petitionsausschuss

kurz

Petition Petitionen Geldschöpfung Giralgeldschöpfung Strafrecht Wirtschaftsstrafrecht Justiz Betrug Kreditbetrug §263-StGB §265b-StGB Giralgeld Justizirrtum Justizskandal Banken Kredite Vermögensschaden Deutscher-Bundestag Petitionsausschuss